

Nachricht

der Bürgerfraktion

SONDERAUSGABE

2.6.2008

Grundsteuer senken!

Im Jahr 2005 beschloss der Stadtrat, den Hebesatz für die Grundsteuer für Grundstücke (Grundsteuer B) von damals 535 % auf 635 % anzuheben. Dabei hatte man eigentlich schon bei der vorangegangenen Erhöhung dieser Steuer im Jahr 2003 beschlossen, diese schnellstmöglich wieder zu senken. Dieser Beschluss war angesichts der damals dramatischen Haushaltslage berechtigt. In der Debatte dazu wurde aber von allen Fraktionen betont, wie schwer ihnen diese Entscheidung fallen würde und dass diese Anhebung zu überprüfen sei, wenn es Dresden finanziell wieder besser geht. Für die FDP war die „wirtschaftlich kontraproduktive“ und „unsoziale“ Steuererhöhung sogar der Grund, den Haushalt 2005 komplett abzulehnen.

Nun: Der WOBA-Verkauf hat Dresdens Finanzlage im Vergleich zur damaligen Situation erheblich entspannt. Kürzlich hat der Stadtrat sogar einen Beschluss gefasst, jährlich 65 Millionen Euro in die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten zu investieren, obwohl das Hochbauamt bezweifelt, dass es solche Summen pro Jahr überhaupt sinnvoll verbauen kann.

Begründung zur Anhebung ist entfallen

Die damalige Begründung zur Anhebung des Hebesatzes ist durch die jetzige Schuldenfreiheit entfallen. Aus diesem Grund ist es in unseren Augen nicht nur ein Gebot politischer Ehrlichkeit, sondern geradezu die Verpflichtung der Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung gegenüber den Bürgern der Landeshauptstadt, sich jetzt endlich damit zu beschäfti-

gen, wie diese Steuererhöhung wieder rückgängig gemacht werden kann.

Genau das hatte die Bürgerfraktion bereits im April 2007 beantragt und war dafür von den Stadtratsparteien geradezu zerrissen worden. Von Populismus war die Rede, davon, dass wir dieses Geld den Ärmsten wegnehmen, die Schulen und Kitas verfallen lassen wollten und so weiter.

Am enttäuschendsten waren wohl die Äußerungen der „Steuersenkungspartei“ FDP, die verkündete, die Bürgerfraktion wolle mitten im Sommer Weihnachtsmann spielen und Geschenke verteilen.

Was denn für Geschenke? Verschenken kann man nach unserer Meinung nur, was man besitzt.

Stadtrat ist nur Verwalter von Steuermitteln

Bereits damals haben wir versucht, deutlich zu machen, dass nach unserer Auffassung von Demokratie der Stadtrat nur der Verwalter des Geldes ist, das er von den Bürgern einfordert. Dieses Geld gehört nicht den Politikern des Rates, die darüber nach Gutdünken verfügen können, sondern es bleibt immer im Besitz der Bürger. Von Geschenken zu sprechen, wenn wir prüfen lassen wollen, ob es wirk-



lich noch notwendig ist, den Bürgern so viel Geld abzunehmen, zeigt, wie weit sich manche Parteien vom Idealbild des demokratischen Systems schon entfernt haben. Der Souverän in Deutschland ist der Bürger. Der Staat ist dazu da, dem Bürger zu dienen – nicht umgekehrt!

Bürgerfraktion beantragt erneut Steuersenkungen

Die damaligen „Kritik“punkte vor Augen, sind wir mit unserem jetzigen Antrag unseren Kritikern entgegen gekommen und beantragen, im Zuge der Erarbeitung des Entwurfs zum Doppelhaushalt 2009/2010 eine Variante aufstellen zu lassen, bei der auf diese Einnahmen verzichtet werden kann. Dabei reden wir über eine Summe von ca. zehn Millionen Euro. Das sind 0,9% des Gesamthaushalts.

Es ist eine Binsenweisheit, dass eine Reduzierung der Einnahmen, so sehr sie auch moralisch und ökonomisch geboten ist, auch immer eine Reduzierung der Ausgaben bedeutet. Aus diesem Grund ist die Verwaltung gefordert, Möglichkeiten und Konsequenzen einer Grundsteuersenkung aufzuzeigen.

Grundsteuern müssen jährlich für jeglichen Grund- bzw. Immobilienbe-

sitz bezahlt werden. Da der Eigentümer einer Immobilie aber die Grundsteuer grundsätzlich vollständig auf die Miete umlegen kann, zahlt jeder Dresdner Einwohner diese Steuer. Da also von einer Grundsteuersenkung mittelbar alle Dresdnerinnen und Dresdner profitieren würden, erscheinen uns auch geringfügige Einschränkungen der kommunalen Ausgaben vertretbar.

Trotz immer wiederkehrender gegenteiliger Behauptungen gibt es im städtischen Haushalt durchaus einigen Spielraum, eine Grundsteuersenkung zu finanzieren. Beispielhaft muss man nur auf die Vorgaben des Haushaltskonsolidierungskonzepts schauen und sich dann betrachten, was inzwischen daraus geworden ist. Grundsätzlich ist festzustellen, dass gerade im Bereich der Verwaltungsspitze gleichzeitig mit Erreichen der Schuldenfreiheit auch die Sparanstrengungen erlahmt sind.

Dresden ist die einzige schuldenfreie Stadt in Deutschland

Dresden hat die zweithöchste Grundsteuer unter den deutschen Großstädten. Die Fraktionen des Stadtrats haben bei den Steuererhöhungen

2003 und 2005 versprochen, die Grundsteuer wieder zu senken, sobald Dresden finanziell dazu wieder in der Lage ist.

Der Stadtrat trägt gemeinsam mit dem Oberbürgermeister die Verantwortung für das Wohl der Stadt Dresden und der in ihr lebenden Menschen. Angesichts exorbitant steigender Energiekosten, einer bundespolitisch veranlassten Mehrwertsteuererhöhung, einer steigenden Inflationsrate und einem damit einhergehenden Kaufkraftverlust ist eine kommunale Steuer, deren Höhe allein mit der inzwischen überwundenen Haushaltskrise der Stadt begründet wurde, nicht mehr vermittelbar.

Im Bundestag und in den Ländern überbieten sich die Parteien gerade darin, wer dem Bürger die höchsten Entlastungen verspricht.

Hier in Dresden haben wir die Möglichkeit in der Hand, etwas Konkretes zu schaffen und zumindest einen Teil dieser Versprechen einzulösen.

**Deshalb:
Bürger entlasten!
Grundsteuer senken!
Jetzt!**

Christoph Hille
Vorsitzender der Bürgerfraktion

Höhe der Grundsteuer in ausgewählten Städten

Gemeinde	Einwohner	Hebesatz in %			Verschuldung in Milliarden Euro
		Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	
Berlin	3.399.739	150	660	410	61,0
Dresden	500.068	280	635	450	0
Bremen	547.852	250	580	440	6,7*
Hamburg	1.746.893	225	540	470	21,8
Göttingen	121.531	530	530	430	0,4
Hannover	515.559	530	530	460	13,5
Bremerhaven	116.406	220	530	395	6,7*
Bottrop	119.193	265	530	490	0,3
Gelsenkirchen	267.362	265	530	480	0,4
Oberhausen	218.798	250	505	470	1,4
			...		
Leipzig	505.069	339	494	460	0,9
München	1.280.610	490	490	490	3,4

* Die Verschuldung von Bremen und Bremerhaven beträgt zusammen 13,4 Milliarden Euro.

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin

Unnötige Haushaltsausgaben in den letzten Jahren

Ohne im Einzelnen darauf einzugehen, wo die jeweiligen Verantwortlichkeiten liegen, seien stellvertretend für alle anderen, nicht genannten Positionen nur folgende Projekte benannt, die im letzten Doppelhaushalt Mehrausgaben in Millionenhöhe verursachten.



„Unerwartete“ Schließung des Kulturpalasts wegen Brandschutzmängeln

Kosten für provisorische Ertüchtigung ca. 3,7 Mio. Euro und für Entschädigungen ca. 2,8 Mio. Euro



Festspielhaus Hellerau

Nicht geplante Mehrkosten in Höhe von ca. 3,5 Mio. Euro



Waldschlößchenbrücke

Etliche Umplanungen, neue Entwürfe, Entschädigungen für Baufirmen, unzählige Gerichtsverfahren und Anwaltskosten verursachen bereits heute absehbare Mehrkosten von mehreren Millionen Euro.



Neubau der

Eisssporthalle „Freiberger Arena“

Mehrkosten mind. 5,0 Mio. Euro

Diese Beispiele sollen verdeutlichen, dass es Spielräume für Mindereinnahmen in Höhe von ca. zehn Mio Euro durchaus gibt. Das aber setzt eine effizient und transparent arbeitende Verwaltung und einen sachorientiert entscheidenden Stadtrat voraus, der sich seiner Verantwortung gegenüber den Bürgern und deren Steuermitteln bewusst ist.

Allein die vom Land im laufenden Doppelhaushalt bereitgestellten zusätzlichen Mittel hätten eine 2007 erfolgte Steuersenkung locker aufgefangen.

Was sagen andere zum Thema Steuersenkung?

Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der Unionsfraktion im Bundestag, auf die Frage der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ vom 18. 5. 2008 warum 200 Abgeordnete der CDU/CSU Steuersenkungen noch vor der Bundestagswahl fordern:

„Wir haben ganz klare Positionen bei der Union. Die heißen: Zunächst einmal wollen wir den Haushalt in den Griff bekommen, keine neuen Schulden mehr zu machen. Und dann wollen wir die Menschen entlasten. Und wir haben auch gesagt, wir werden dann auch, wenn wir keine neuen Schulden mehr machen müssen, Spielräume für Steuerentlastungen haben. Wenn wir nicht so eine gigantische Belastung durch die Zinsen hätten, könnten wir uns viele Spielräume leisten.(...) Ich ver-

spreche beides: Ausgeglichenen Haushalt und dann Spielräume für Steuersenkungen.“

Pressemitteilung der FDP-Bundestagsfraktion vom 23. 5. 2008:

„Die staatlichen Steuereinnahmen befinden sich auf Rekordhöhe, woran die SPD u.a. durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer kräftig mitgewirkt hat. Die Bürger müssen nicht nur Steuererhöhungen, sondern an vielen Stellen auch Preiserhöhungen – zum Beispiel beim Benzin oder bei Lebensmitteln – tragen. Gleichzeitig sollen sie mehr für ihr Alter vorsorgen. (...) Die FDP fordert schnelle Steuersenkungen. Der Staat

muss den Bürgern endlich mehr finanziellen Spielraum einräumen.“

Mit Freude haben wir die Ankündigung des Oberbürgermeisterkandidaten der FDP, Wirtschaftsbürgermeister Dirk Hilbert, vernommen, sich für eine Entbürokratisierung und Verschlankung der Verwaltung und eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaft einsetzen zu wollen. Angesichts dessen dürfte uns wohl diesmal zumindest die Unterstützung der FDP sicher sein. Die Bürgerfraktion wird alle OB-Kandidatinnen bzw. -Kandidaten an ihrer Einstellung zu dieser Frage messen.

Die Bürgerfraktion

Die Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat hat sich nach der Stadtratswahl 2004 zusammengeschlossen und besteht aus sechs parteilosen Stadträten. Bereits seit 1990 engagieren sich parteilose Dresdnerinnen und Dresdner im Stadtrat unserer Stadt. 1994 wurde erstmals eine Bürgerfraktion gegründet. Auch wenn sich seit dem in ihrer Zusammensetzung einiges geändert hat, ist doch die Grundüberzeugung gleich geblieben:

Kommunalpolitik darf sich niemals parteipolitischen Ideologien unterordnen!

Eines unserer Ziele ist es, die Entscheidungsprozesse im Stadtrat transparenter zu machen und die Bürger über Hintergründe zu informieren, die in unseren lokalen Medien leider oft zu kurz kommen. Seriöse Lokalpolitik kann man nicht auf Schlagzeilen aufbauen. Vor allem bedingt durch die politische Nähe zum Landtag, findet

in Dresden aber eine sachorientierte Kommunalpolitik immer weniger statt. Statt dessen liefert man sich Schaufechte, die unserer Stadt letztlich mehr schaden als nutzen.

Wir Stadträte der Bürgerfraktion sind weder an Einflüsse oder „Macht-Worte“ aus Berlin noch aus dem Freistaat gebunden. Wir sind keiner Ideologie und keiner Parteidisziplin unterworfen, die im Zweifel die Parteiinteressen dem Nachgeben zugunsten einer guten und vernünftigen Sachpolitik vorzieht.

Wir möchten Vertreter aller Dresdner Bürger sein, nicht nur einer bestimmten Parteiklientel. Doch dafür benötigen wir die Unterstützung der Dresdner Bürgerschaft. Deshalb bitten wir Sie:

Mischen Sie sich ein!

Teilen Sie uns mit, was nach Ihrer Meinung schief läuft.

Postanschrift:

Bürgerfraktion im Dresdner Stadtrat
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Telefon: (03 51) 488 23 83

Telefax: (03 51) 488 23 84

E-Mail: buergerfraktion@dresden.de

Internet: www.buergerfraktion-dresden.de

- mit den Straßenbahnlinien: 1, 2, 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und 12 (Haltestelle Pirnaischer Platz, bzw. Prager Straße)
- mit den Buslinien: 75 und 82 (Haltestelle Pirnaischer Platz und Prager Straße)
- mit dem PKW: Parkplätze am Dr.-Külz-Ring und an der Kreuzstraße (Tarifzone I, 20 Minuten kosten 50 Cent)
oder natürlich zu Fuß bzw. mit dem Fahrrad

Besuchsadresse:

Neues Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19, Zimmer I/211

Sprechzeiten:

dienstags zwischen 10 und 12 Uhr
mittwochs zwischen 15 und 18 Uhr
sowie nach Vereinbarung.



Christoph Hille

Fraktionsvorsitzender
Wirtschaftspolitischer Sprecher
geboren am 4. 8. 1952
selbständiger Schriftsetzermeister



Jan Kaboth

Sport- und Kulturpolitischer Sprecher
geboren am 21. 6. 1965 in Dresden
Veranstaltungsmanager



Franz-Josef Fischer

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
Jugendpolitischer Sprecher
geboren am 11. 10. 1952
in Klotzsche
Lehrer



Anita Köhler

Sozialpolitische Sprecherin
geboren am 18. 2. 1952
Diplom-Geologin;
Diplom Sozialpädagogin



Dr. Albrecht Leonhardt

Pressesprecher
Finanzpolitischer Sprecher
geboren am 30. 4. 1949
Kristallograph



Dr. Rüdiger Liebold

Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher
geboren am 30. 6. 1944
Freier Architekt